
FDP-Rathausfraktion Wiesbaden

GEPLANTE JAGD IN EIGENREGIE ZERSTÖRT FUNKTIONIERENDES SYSTEM OHNE JÄGERSCHAFT MITZUNEHMEN

18.11.2024

Anlässlich des Jagdkonzepts für den Stadtforst, welches die Stadtverordnetenversammlung in dieser Woche am 21.11.2024 beschließen soll, erklärt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Rathausfraktion, Lucas Schwalbach:

„Das vom Magistrat vorgelegte Jagdkonzept ist ungenügend und ideologisch motiviert. Statt auf die bewährte Zusammenarbeit zwischen der Stadt als Waldbesitzerin und den Jägern zu setzen, will die Stadt die Jagd jetzt stärker in Eigenregie betreiben und dafür mit hohem Personalaufwand einen vollständigen städtischen Jagdbetrieb aufbauen. Während das Geld in der Stadt an allen Ecken und Enden fehlt, zerstört das Umweltdezernat so ein funktionierendes, für die Stadt funktionierendes und risikoarmes System, um es durch ein Experiment zu ersetzen, ohne diejenigen mitzunehmen, die sich heute bereits darum kümmern: die Jägerinnen und Jäger.“

Schwalbach weiter: „Die Argumentation, ein städtischer Jäger könne den Rehwildbestand besser reduzieren klingt hohl, wenn die - dem Konzept beiliegenden - Soll/Ist-Abschussstatistiken der vergangenen Jahre zeigen, dass das Abschussoll in den meisten Revieren in fast allen Jahren erfüllt wurde, die von der Stadt geforderten Abschusszahlen seit zehn Jahren kaum gestiegen sind und in einzelnen Revieren sogar gesenkt wurden.“

„Das gesamte Konzept strotzt vor ideologischen Vorurteilen, nicht belegten Behauptungen und Unterstellungen. Jäger würden fiktive Abschüsse melden, vorrangig Trophäenwild schießen und ineffizient jagen, so die Umweltdezernentin. Belege oder zumindest Indizien hierfür fehlen völlig. Fakten werden durch Geraune ersetzt, um die Systemumstellung alternativlos erscheinen zu lassen“, kritisiert Schwalbach.

„Wie schon bei der Bettensteuer wird mit den Betroffenen nicht gesprochen. Der Antrag der Opposition, Vertreter der Jägerschaft in den Ausschuss einzuladen und die Beschlussfassung zurückzustellen, wurde abgelehnt. Offensichtlich glaubt nicht einmal das Linksbündnis daran, dass das Konzept einer eingehenden Betrachtung standhält“, so Schwalbach.

„Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer und auch sicherlich nicht der bessere Jäger. Das Linksbündnis sollte die Verabschiedung des Konzeptes in der Stadtverordnetenversammlung stoppen, bevor es zu spät ist“, so Schwalbach abschließend.